

A1 Entkolonialisierung der Kieler Straßennamen

Antragsteller*in: Nelly Waldeck und Anne Bachmann (Grüne Jugend Kiel)

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Die Grüne Jugend Kiel setzt sich dafür ein, dass Kieler Straßen, deren Namen
2 sich mit Verbrechen des Kolonialismus, des Nationalsozialismus oder
3 anderweitigen Menschenrechtsverbrechen verknüpfen lassen, umbenannt werden. Ein
4 Straßename stellt weder eine aufgeklärte Erinnerungskultur noch eine kritische
5 Einordnung dar. Für die Umbenennung schlagen wir zunächst folgende Straßen vor:

- 6 • Lüderitzstraße
- 7 • Nachtigalstraße
- 8 • Nettelbeckstraße
- 9 • Von-der-Groeben-Straße
- 10 • Wissmannstraße
- 11 • Woermannstraße

12 Der Vorstand wird mit dem Antrag beauftragt, in Kontakt mit Initiativen und
13 Verbänden, die das Thema betreffen, zu treten und gegebenenfalls weitere Straßen
14 hinzuzufügen.

15 Die Straßen sollen entsprechend nach Menschen benannt werden, die sich in der
16 Zeit des Kolonialismus und oder des Nationalsozialismus als
17 Widerstandskämpfer*innen engagiert haben. Dabei sollen mindestens die Hälfte der
18 umbenannten Straßen nach FINT*-Personen benannt werden.

19 Um eine aufgeklärte Erinnerungskultur zu fördern, sollen stattdessen
20 Gedenktafeln aufgestellt werden. Die konkrete Ausgestaltung dieser Gedenktafeln
21 soll die Stadt Kiel in Kooperation mit entsprechenden Verbänden und Initiativen
22 ausarbeiten.

23 Weiterhin wird der Vorstand beauftragt, sich mit dem Thema auf Landesebene
24 auseinanderzusetzen und einen entsprechenden Antrag für die
25 Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Schleswig-Holstein zu stellen.

26 Die Anwohner*innen der jeweiligen Straßen sollen einen möglichst umfangreichen
27 Zeitraum zur Änderung ihrer Meldedaten erhalten.

Begründung

Straßennamen werden an Menschen vergeben, um ihr Lebenswerk zu ehren und die Leistungen zu würdigen. Entsprechend sind sie absolut ungeeignet, um auf Verbrechen des Nationalsozialismus oder des Kolonialismus aufmerksam zu machen. Weiterhin fehlt eine Einordnung, um Aufklärung über historische Menschenrechtsverbrechen aufzuzeigen. Als eine der größten Kolonialismusverantwortlichen ist es die Aufgabe Deutschlands, Aufklärung über die Zeit zu fördern und die damals begangenen Verbrechen aufzuarbeiten. Dazu gehört unter anderem eine kritische Erinnerungskultur und die Entfernung jeglicher Gedenken, welche die deutsche Kolonialgeschichte als heroisch darstellt.

Die Verbrechen sollen allerdings nicht vergessen werden. Gerade dafür ist es wichtig, Gegenstände der Erinnerung in Stadtbereichen zu platzieren, die eine Auseinandersetzung mit den begangenen Verbrechen ermöglichen.